

Ergebnisprotokoll
der 24. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 14.12.2017

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:25 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Herr Staatsrat Deutschendorf

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
in Vertretung für Herrn Crueger
Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke

Frau Bernhard

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Kamp
Herr Polzin
Herr Runge
Herr Bürger
Herr Lankowsky
Herr Kaal
Herr Imholze
Herr Klugkist
Herr Dr. Viebrock-Heinken
Herr Eickhoff
Frau Wirch
Herr Loch
Frau Kulmann
Frau Zimmermann
Frau Pieper
Herr Donaubaer

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr
Bauamt Bremen Nord

III Gäste

Herr Haase
Frau Köstner
Herr Künzel

Beirat Osterholz
OAL Horn-Lehe
Bremer Heimstiftung

IV Gastdeputierte

Frau Schiemann
Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer
Herr Schwarz
Herr Janßen

SPD-Fraktion
Fraktion B'90/ Die Grünen
Fraktion B'90/Die Grünen
CDU-Fraktion
Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 24. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen: <ul style="list-style-type: none">• Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung vom 30.11.2017	
-------	---	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Herr Buchholz vermisst seinen Berichtswunsch aus Juni 2017 zur Ursache einer Grundwasserkontamination in Hemelingen.

Der Berichtswunsch wird in die Liste aufgenommen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Flächennutzungsplan Bremen 6. Änderung, Bremen-Osterholz (Ellener Hof) (Bearbeitungsstand: 02.11.2017) <ul style="list-style-type: none">- Planaufstellungsbeschluss- Absehen von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit- Öffentliche Auslegung-FB 01-	Vorlage 19/357
-------	---	-------------------

Verbinden mit TOP 5

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den im Planentwurf zur 6. Flächennutzungsplanänderung bezeichneten Bereich die Darstellungen des Flächennutzungsplanes Bremen geändert werden sollen (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,

Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 02.11.2017) von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB abgesehen wird (§ 3 Abs. 1 Ziff. 2 BauGB).“

3. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Planes zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 02.11.2017) einschließlich Begründung zu.*
4. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Planes zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 02.11.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

Einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2459 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz, zwischen Ludwig-Roselius-Allee, westlich Krefelder Straße, Am Hallacker und dem Osterholzer Friedhof – Neuer Ellener Hof (Bearbeitungsstand: 02.11.2017) - Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/358
--------------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer bittet zu prüfen, ob es im Stadtgebiet Flächen für Ausgleichspflanzungen für solche Fälle gebe, wo wie hier eine Ersatzpflanzung im Planbereich nicht oder nicht vollständig möglich sei.

Herr Haase berichtet, dass der Beirat das Projekt sehr begrüße. Das Quartier Ellener Hof werde die Ortsteile Blockdiek und Ellener Feld miteinander verbinden. Der Beirat wünscht sich, dass die Straße Große Vieren eine Fahrradstraße werden könnte, um auch in Verbindung mit den geplanten Radpremiumrouten eine Fahrradverbindung quer durch Osterholz nach Achterdiek zu schaffen

Herr Saxe unterstützt diesen Vorschlag. Das Mobilitätskonzept sei insgesamt sehr lobenswert. Er regt an, die gesamte Fläche unter dem Aspekt bespielbare Stadt zu betrachten.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2459 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ludwig-Roselius-Allee, westlich Krefelder Straße, Am Hallacker und dem Osterholzer Friedhof – Neuer Ellener Hof (Bearbeitungsstand 02.11.2017) einschließlich Begründung zu.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2460 für ein Gebiet in Bremen- Osterholz zwischen Ludwig-Roselius-Allee, westlich Krefelder Straße, Am Hallacker und dem Osterholzer Friedhof – Neuer Ellener Hof (Bearbeitungsstand: 02.11.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

Einstimmig

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 121 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte und eines Wohnhauses zwischen Riensberger Straße, Riekestraße und der Kleinen Wümme in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand: 09.11.2017) - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB 01-	Vorlage 19/364
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 121 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte und eines Wohnhauses zwischen Riensberger Straße, Riekestraße und der Kleinen Wümme in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand 09.11.2017) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 121 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte und eines Wohnhauses zwischen Riensberger Straße, Riekestraße und der Kleinen Wümme in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand 09.11.2017).

Einstimmig

TOP 7	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 137 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max- von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität (Bearbeitungsstand: 13.11.2017) - Planaufstellungsbeschluss -FB 01-	Vorlage 19/363
--------------	---	---------------------------------

Herr Bücking möchte wissen, wie sich die Sparkasse in den Technologiepark einfüge, da festgelegt wurde, dass sich dort wissenschaftsaffine Unternehmen konzentrieren sollen.

Frau Prof. Dr. Reuther verliest die Erklärung der Sparkasse (Auszug) dazu: „... Die Standortwahl begründet sich u. a. in der fortwährenden Digitalisierung des Bankenwesens, in der z.B. die Anforderungen an ein sicheres Onlinebanking und die digitale Vernetzung mit den Kunden über Apps steigen. Die Sparkasse Bremen beabsichtigt daher, sich intensiver mit den wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen zu vernetzen, die Innovationen hervorbringen und die Digitalisierung gestalten. So sollen mit dem Standort Technologiepark Universität der Wissenschaftstransfer zwischen der Universität Bremen und der Sparkasse Bremen sowie bestehende Synergieeffekte vertieft werden. Die Schließung eines entsprechenden Kooperationsabkommens zwischen der Sparkasse Bremen und der Universität Bremen wurde vereinbart. ...“

Frau Köstner berichtet, dass der Beirat anlässlich der medialen Berichterstattung den Vorstand der Sparkasse zu einer Sitzung eingeladen habe. Hier wurde der Vorstand über die Verwunderung des Beirats in Kenntnis gesetzt, dass bisher mit dem Stadtteil und den

Stadtteilparlamentariern überhaupt keine Kommunikation über die Ansiedelung stattgefunden habe. Dem Beirat und auch dem Ortsamt seien diverse Anfragen von Unternehmen bekannt, die sich gerne im Technologiepark ansiedeln würden, die aber nicht den vorgegebenen Kriterien entsprechen. Insofern habe es den Beirat verwundert, mit welcher Selbstverständlichkeit die Sparkasse aufgetreten sei und dass in dieser Sitzung schon begründet wurde, dass das Vorhaben politisch gewollt sei. Diese Information hätte sich der Beirat vorab schon gewünscht. In der gleichen Sitzung wurde ausgeführt, dass die Sparkasse in der Auslegung des bestehenden Bebauungsplanes sehr auf das Wohlwollen der Senatsbaudirektorin angewiesen sei, aber auch auf die Unterstützung des Beirats. Der Beirat habe mehrfach um ergänzende Ausführungen gebeten, inwiefern die Sparkasse in dieses Sondergebiet Technologiepark Universität hinein passe. Der Beirat hätte sich gewünscht, die eben zitierte Begründung vorab zur Kenntnis zu bekommen. Inzwischen finde eine sehr enge Kooperation mit dem Vorstand der Sparkasse statt. So soll auch ein Mitglied des Beirats in den Architektenwettbewerb entsendet werden. Der Beirat bitte darum, seine Bedenken in die Entscheidung mit einzubeziehen und zu überlegen, ob die Begründung, in der Deputationsvorlage zur Ansiedelung der Sparkasse noch etwas vertieft werden könne.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 8	Bebauungsplan 2492 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Universität, Autobahnzubringer Universität, Max-von-Laue-Straße und Emmy-Noether-Straße (Bearbeitungsstand: 04.10.2017) - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB 01-	Vorlage 19/362
--------------	--	---------------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2492 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Universität, Autobahnzubringer Universität, Max-von-Laue-Straße und Emmy-Noether-Straße zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2199 (Bearbeitungsstand: 16.11.2017) einschließlich Begründung abgesehen wird.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahme und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2492 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Boulevard und Sportanlagen der Universität, Autobahnzubringer Universität, Max-von-Laue-Straße und*

Emmy-Noether-Straße zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 2199 (Bearbeitungsstand: 16.11.2017).

Einstimmig

TOP 9	Bebauungsplan 366 für ein Gebiet in Bremen – Blumenthal zwischen Samlandstraße / Cranzer Straße (rückwärtige Grundstücksgrenzen), Turnerstraße (rückwärtige Grundstücksgrenzen), Striekenkamp / Neurönnebecker Straße (einschließlich) und Am Rottpohl - Planaufstellungsbeschluss – Neufassung -BBN-	Vorlage 19/346
--------------	---	-----------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst unter Aufhebung des Planaufstellungsbeschlusses vom 29.04.2004 den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen - Blumenthal zwischen Samlandstraße / Cranzer Straße (rückwärtige Grundstücksgrenzen), Turnerstraße (rückwärtige Grundstücksgrenzen), Striekenkamp / Neurönnebecker Straße (einschließlich) und Am Rottpohl ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 366). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 10	Genehmigung von Großraum- und Schwerlasttransporten -ASV-	Vorlage 19/348	L/S
---------------	---	-----------------------	------------

Siehe auch Protokoll der 24. staatlichen Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 14.12.2017

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Genehmigung der Großraum- und Schwerlasttransporte zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die haushaltsrechtliche Umsetzung in die Wege zu leiten.*

Einstimmig

TOP 11	BW 164 Instandsetzung der Brückenkapfen Brücke Wallerstraße über die DB -ASV-	Vorlage 19/356
---------------	---	-----------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme zu.

Einstimmig

TOP 12	BW 543 Brückenstrang Hemelingen Ertüchtigung der Endfelder -ASV-	Vorlage 19/353
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme zu.

Einstimmig

TOP 13	Zweite sicherheitstechnische Ertüchtigung des Hemelinger Tunnels BW 2021 -ASV-	Vorlage 19/354
--------	--	-------------------

Frau Pieper berichtet, dass der Beirat Hemelingen die Vorlage zur Kenntnis genommen und der Maßnahme zugestimmt habe.

Beschluss:

Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und Finanzierung der dargestellten Maßnahme zu.

Einstimmig

NACH- TRAG TOP 13a	Zwischen-/Ergebnisse der in 2017 fälligen Erfolgskontrollen -12-	Vorlage 19/368 L/S
-----------------------------------	--	-----------------------

Siehe auch Protokoll der 24. staatlichen Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 14.12.2017

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Erfolgskontrollen und Projektberichte zur Kenntnis und stimmt der Vorlage und der Weiterleitung an den Haushalts- und Finanzausschuss zu.

Einstimmig

TOP 14	Lärmschutzmaßnahmen an Bahnstrecken in der Stadtgemeinde Bremen – Bedarfsanalyse aktiver Lärmschutz - 22-	Vorlage 19/329
--------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass es durch die Lärmkennziffern gelinge, die Betroffenenheiten zu bilanzieren und anhand der Prioritätenliste faktenbasiert nachzuziehen. Die Maßnahme an der Grönlandstraße sei im Haushalt bewilligt, dort werde eine Reduzierung um 10 db(A) erreicht. Mit einer kommunalen Lärmmessstelle könnten einzelne Gebiete durch die Gemeinde selbst überprüft werden, darüber sollte man nachdenken. Ziel müsse es sein, lückenlosen Lärmschutz auch in Bremen zu generieren.

Herr Hamann betont, dass die Bekämpfung von Bahnlärm durch Schutzmaßnahmen erst der zweite Schritt sei. Der erste Schritt müsse es sein, den Wagenpark umzurüsten.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung „Bedarfsanalyse aktiver Lärmschutz Bundesbahn“ und die dargestellte Prioritätenliste zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt in Bezug auf die Maßnahme Grönlandstraße dem dar-gestellten Vorgehen und der Finanzierung zu.
3. Für die in 2019 erforderlichen Finanzmittel wird der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gebeten, eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 325.000 Euro bei der Senatorin für Finanzen zu beantragen.

Einstimmig

TOP 15	Straßenbenennung „Kleine Wolke“ -ASV-	Vorlage 19/359
---------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 16	Straßenbenennung "Scholener Straße" -ASV-	Vorlage 19/367
---------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 17	Buslinien erhalten, bis Alternativen geschaffen sind - Bremen-Nord nicht abhängen! -50-	Vorlage 19/344
---------------	---	-------------------

Frau Bernhard würdigt zwar positiv, dass es eine Nachbesserung gegeben habe, die Absenkung des Verlustausgleichs lehne sie ab, daher werde sie die Vorlage insgesamt ablehnen.

Herr Scharf erklärt, dass seine Fraktion ebenfalls ablehnen werde, da die Nachbesserungen nicht ausreichen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft)

Zustimmung

gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und DIE LINKE und bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 18	Berichte der Verwaltung	
TOP 18a)	Änderungen im Busnetz Obervieland -50-	BdV schriftlich

Herr Strohmann erklärt, dass seine Fraktion enttäuscht sei über den Inhalt der Antwort. Der Beirat habe dazu einstimmig beschlossen. Der Wegfall der Bedienung des Holzdamms betreffe nicht nur die die Anwohner*innen des Holzdamms und des nördlichen Bereichs Fellendsweg negativ, sondern auch die neuen Bewohner*innen in dem neuen Quartier Gartenstadt Werdersee. Die Argumentation, dass die Gelenkbusse den Holzdamm nicht befahren könnten nehme er zur Kenntnis, dann hätten diese aber in der Habenhauser Brückenstraße, im Pfarrfeldsweg sowie in der Arster Landstraße die gleichen Probleme. Entgegen der ersten Planung werden das Klinikum Links der Weser und das Gemeinschaftshaus jetzt angefahren. Aber insgesamt könne er es nicht nachvollziehen warum es nicht möglich sein sollte, diesen Bogen zu fahren.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18b)	Aktueller Stand Güldenhausquartier - 6 -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18c)	Sachstand Entwicklungsbereich Vorderes Woltmershausen - 64 -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Frau Schiemann erwartet, dass der Zeitplan eingehalten werde, so dass Ende des ersten Quartals im nächsten Jahr der Masterplan und das Planungsbüro beauftragt und im Herbst nächsten Jahres die ersten Planungsergebnisse vorgestellt werden können.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18d)	Verteilung des Erlöses der Bürgerpark-Tombola 2018 -300-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18e)	Querungshilfe Rekumer Straße -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Schwarz begrüßt, dass die Planungen zu dieser Querung vorankommen und hofft auf eine zügige Umsetzung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 18f)	Naturschutzfachliche Bewertung der geplanten WEA Bultensee im Hinblick auf das „Helgoländer Papier“ -31, 21-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Janßen erklärt, dass immer noch Fragen offen bleiben, ein paar Bewertungen könne er nicht teilen. Im Bericht stehe, dass es sich nicht um Flugkorridore von überregionaler Bedeutung handele. In der Vergangenheit waren auch in unmittelbarer Nähe zu dem zu errichtenden Windrad Brutplätze. Es sei also nicht auszuschließen, dass sich durch eine Verschiebung der Überschwemmungsgebiete auch in unmittelbarer Nähe der Windkraftanlage künftig Vögel ansiedeln. Die in der Helgoländer Vereinbarung vorgesehenen Abstandsgeldregelungen sollen Richtwerte sein und angesichts der genauen Kenntnis der Situation vor Ort unterschritten werden können. Dies sei eine seltsame Einschätzung, da die Vögel nicht immer an den gleichen Plätzen bleiben. Abschließend sei es eine Abwägung, das überregionale Interesse der Energiewende werde abgewägt gegen das Interesse des Vogelschutzes. Das stehe nicht im Verhältnis. Diese einzelne Windkraftanlage, die aufgrund der Fledermäuse auch noch häufig abgeschaltet werden müsse, könnte man auch an eine andere Stelle gebaut werden. Dass keine Richtlinien erlassen werden sollen, sei schwierig. So könne die Politik gar nicht überprüfen, gar nicht in Diskussion eintreten, weil es alles in der Behörde ausgehandelt werde. Erlasse seien notwendig, sie würden Rechtssicherheit geben und eben auch Ansatzpunkte für eine Debatte liefern, zu einem Zeitpunkt, wo noch Steuerungsmöglichkeiten bestünden.

Frau Dr. Schaefer bittet um eine Aussage zum Landschaftsbild und zur Auswirkung auf das Überschwemmungsgebiet.

Herr Buchholz weist darauf hin, dass eine Petition anhängig sei, über die der Petitionsausschuss noch nicht abschließend beraten habe. Er fragt, ob die geforderte Aktualisierung der Abschätzung der Schallemissionen vorliege.

Herr Staatsrat Meyer stellt klar, dass man sich in einem Genehmigungsverfahren befinde, in dem es nicht um politische Entscheidungen gehe. Die Frage, ob an dieser Stelle grundsätzlich eine Windkraftanlage möglich ist, wurde im Rahmen des FNP-Verfahrens entschieden, dies war Gegenstand von Politik. Die Verwaltung prüfe jetzt, ob der Antrag an dieser Stelle genehmigungsfähig sei, ggf. mit Auflagen wie Abschaltzeiten usw.. Für die Verwaltung stelle sich die Frage, welchen rechtlichen Charakter das Helgoländer Papier der Vogelschutzwarten, habe. Für das Genehmigungsverfahren sei anhand von wissenschaftlichen Kriterien festzustellen wie diese Windkraftanlage auf Vögel wirke. Die Amtschefkonferenz der Umweltminister der Bundesländer habe festgestellt, dass das Helgoländer Papier nur eine von mehreren wissenschaftliche Einsortierungen sei. Die Amtschefkonferenz habe auch festgestellt, dass Planungs- und Vorhabenträger durch entsprechende Analysen nachweisen können, ob und wie sich eine Windkraftanlage tatsächlich auf Vogelarten positiv oder negativ auswirke und entsprechend dann die im Helgoländer Papier empfohlenen Abstände, unterschritten werden können. Dies Prüfung, ob der Vorhabenträger in seinen Analysen darlegen könne, dass er übertatsächlich bessere Kenntnisse der Verhältnisse vor Ort verfüge, sei Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.

Herr Bürger berichtet, dass die Abschätzung der Schallemissionen noch nicht vorliege. Im Genehmigungsverfahren werde das Landschaftsbild in einem landschaftspflegerischen Begleitplan bewertet. Dazu werde seitens der Fachbehörde Stellung genommen und ggf. werden Auflagen in der Genehmigung aufgenommen.

Herr Klugkist ergänzt, dass klar sei, dass die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nicht ausgeglichen werden könne. Im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gebe es daher die Vorgabe, dass dann Ersatzgeld zu berechnen sei. Weiter sei eine Befreiung von der Landschaftsschutzgebietsverordnung erforderlich, diese werde nach BImSchG in der BImSchG-Genehmigung konzentriert. Aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses der Windkraftanlage, das sich durch den Beschluss der Bürgerschaft zum Flächennutzungsplan manifestiert habe, sei der Befreiungsgrund gegeben.

Der Anlagenstandort selbst liege nicht im ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet, die Zufahrt allerdings schon. Dazu laufe ein eigenständiges wasserrechtliches Genehmigungsverfahren. Flugkorridore von überregionaler Bedeutung seien Bereiche wie Taleinschnitte oder

Flussgebiete, wo sich der Vogelzug konzentrierte. Der Bereich Bultensee erfülle nicht das Kriterium eines Flugkorridors überregionaler Bedeutung.

Herr Haase führt aus, dass der Beirat Osterholz empört und fassungslos sei. Der Beirat habe acht einstimmige Beschlüsse gefasst, in denen er seine Ablehnung zum Ausdruck gebracht habe. Dennoch werde dieses Projekt weiter verfolgt. Die Gesundheit der Anwohner aus dem Bultenweg-Quartier, aus Osterholz und Oyten sei mit Sicherheit beeinträchtigt. Für Natur und die Tierwelt, Vogelzug sei es eine Katastrophe. Wenn Gutachter feststellen, dass dort kein überregionaler Vogelzug sei, dann sei der Gutachter wohl nicht in Osterholz ansässig. Gerade in diesem Herbst habe man feststellen können, dass hunderte bis tausende Kraniche genau über diese Route über Osterholz ziehen. Und dies passiere im Frühjahr auf dem Rückweg wieder.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19	Verschiedenes	
TOP 19a)	Ausschreibung und Umstellung des Gelben Sacks	

Frau Dr. Schaefer hofft, dass die Umstellung reibungslos von Statten gehen werde.

Herr Staatsrat Meyer erläutert, dass die Kommune keinen Einfluss auf das Vergabeverfahren habe. Das Ressort habe trotzdem mit der Fa. RMG Kontakt aufgenommen, und darum gebeten, dass genügend Vergabestellen im Stadtgebiet vorzuhalten und diese mit ausreichend gelben Säcken zu versorgen sowie ein einfaches Vergabesystem für die gelben Säcke zu installieren.

Herr Hamann berichtet, dass es vor einigen Monaten eine Petition zum Igelerschutz gegeben habe. Das Problem sei, dass Igel in gelbe Säcke hineinkriechen, aber nicht wieder herauskommen. In anderen Kommunen gebe es eine Kampagne, dass man die gelben Säcke hochlagern solle. Er regt an, dieses Thema bei einem nächsten Gespräch des Ressorts mit der Firma RMG anzusprechen.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Zulassungsverfahren für Abfallanlagen/ Umschlag von Gelben Säcken	Berichtsbitte von Frau Dr. Schaefer	18.01.2018
Zweckentfremdung von Wohneigentum für private Vermietungsgeschäfte im Viertel	Berichtsbitte von Frau Neumeyer	08.03.2018
Abrissvereinbarung für ein Kaisenhaus	Berichtsbitte von Frau Neumeyer	08.03.2018
Ausbau der Elektromobilität in Bremen-Nord	Berichtsbitte von Frau Sprehe	15.02.2018
Nächtliche ÖPNV-Anbindung Bremen-Nord	Berichtsbitte von Frau Sprehe	08.03.2018
Sachstand Baugebiete „Ritterhuder Heerstraße“ und Oslebshäuser Landstraße“	Berichtsbitte von Herrn Pohlmann	15.02.2018

Herr Pohlmann schließt die 24. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll